
Disruptive Entwicklungen

Seit einigen Jahren stößt man häufig auf die Worte *Disruption* und *disruptiv*, zunächst vor allem in der start-up-Szene, später auch in Politanalysen. Das zugehörige englische Verb, von dem die neuen Fachbegriffe abgeleitet wurden, wird mit *stören*, *unterbrechen*, *zerbrechen*, *auseinanderreißen* übersetzt. Angesichts von Erfahrungen in der Entwicklung der Digitalwirtschaft mit neuen Produkten und Geschäftsmodellen, die in kürzester Zeit prägend wurden und analoge traditionelle Lösungen vom Markt verdrängten, bedurfte es offensichtlich eines neuen eingängigen Begriffs, um die beobachteten Phänomene zu benennen. Digitale Textverarbeitung, digitales Fotografieren, Musik-Streaming, das iPhone und jüngst Plattformökonomien gelten als hervorragende Beispiele disruptiver ökonomischer Entwicklung.

Nun ist das *Stören*, *Zerbrechen*, *Auseinanderreißen* nichts Neues, sondern eher etwas Essentielles in einer dynamischen Wirtschaft. Innovation ist schließlich ihre motorische Kraft. Der österreichische Ökonom Joseph Alois Schumpeter prägte dafür schon in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts den Begriff *schöpferische Zerstörung*. Neu erscheint bei ökonomischer *Disruption* zunächst einmal das Tempo der Entwicklungen. Gestern noch ein unbekanntes Startup, morgen schon Weltmarktführer.

Des Weiteren erstaunt, mit welcher Nonchalance der Begriff vom Beschreibenden, Analytischen zu etwas Normativem, Zielorientiertem wurde. Während bei Schumpeter und auch den älteren Beispielen aus der digitalen Ökonomie noch die Schöpfung eines Produkts oder Geschäftsmodells im Vordergrund steht, das überlegen ist und deshalb ältere Lösungen verdrängt, scheint bei der *Disruption* inzwischen das Zerstören im Vordergrund zu stehen. Das Neue muss gar nicht ausgearbeitet, überzeugend oder besser sein. Wenn das Alte erst mal zerstört und schwach ist, entsteht Raum für Anderes. Im Jahre 2015 stieg *Disruption* zum Wirtschaftswort des Jahres auf, wie im Netz zu lesen ist.

Eine ähnliche Karriere erfährt der Begriff inzwischen im politischen Kontext, wo er zunehmend herangezogen wird, um Politik zu beschreiben. Gab man im Sommer 2018 bei Wikipedia den Suchterm *disruptive Politik* ein, so erhielt man 5.480 Treffer, bzw. 10.900 Treffer für *disruptive politics*.

Disruptive Politik ist – aus Sicht humanistisch geprägter Demokraten – ein auf Zerstörung der Demokratie und des Rechtsstaats angelegtes politisches Vorgehen. Es zielt darauf ab, die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen, die Einhegung von Macht durch Machtverteilung und -begrenzung, die Errungenschaften der Aufklärung sowie eine freie Presse und Meinungsbildung zu diskreditieren und zu schleifen. Disruptive Politik ringt nicht um auf Fakten basierende Entscheidungen, die abwägen, ausgleichen, Minderheiten berücksichtigen und ein Gemeinwohl im Blick haben. Disruptive Politik lügt, hasst, diskreditiert, wütet, irrlichert, beschimpft und provoziert, um die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Auch hier das Motto: „Wenn das Alte erst mal zerstört und schwach ist, entsteht Raum für Anderes.“

Trumpismus von Innen...

Die Personifizierung disruptiver Politik ist derzeit Donald Trump, der Präsident des militärisch und ökonomisch mächtigsten Landes der Welt. Seit seiner Amtseinführung im Januar 2017 ist sehr deutlich geworden, dass er nicht nur andere Inhalte als sein Vorgänger verfolgt, sondern dass er die Demokratie und ihre Institutionen frontal angreift. Der Politologe Volker Boehme-Neißer fragt in einem Artikel, was das Disruptive und Radikale an Donald Trump und seiner Politik sei. Und er gibt darauf die Antwort „Trump hält sich an keine Regel, die er nicht selbst gemacht hat. Er akzeptiert grundsätzlich keine Grenzen seiner Macht. Das ist das absolute Gegenteil von demokratischem Politikverständnis.“¹

¹ Boehme-Neißer, Volker: *Disruptive Politik*. In: TELEPOLIS vom 08.02.2017

Nun trifft das Trump'sche Attackieren in den USA auf eine etablierte Demokratie, die mit der Verteilung von Macht, starken Institutionen sowie den *checks and balances* grundsätzlich robust angelegt ist. Die demokratischen Hoffnungen setzen deshalb auf die Resilienz des Systems. So trägt denn auch eines der Sachbücher des Sommers 2018 zwar den dystopischen Titel *Wie Demokratien sterben*, doch der Untertitel gibt mit *Und was wir dagegen tun* können eine zuversichtlichere Perspektive, um der Erosion von Sprache, Normen und Institutionen zu begegnen.²

Trumps Vorgehen zielt darauf, eine andere Ordnung zu erzwingen. Wie die aussieht ist noch unklar, doch dass die Reichen und Mächtigen davon profitieren sollen und werden, ist sicher. Politik als Ausleben von Stärke. Sein „America first“ ist darin nur die nationalistische Ansage für den globalen Kontext. Transformiert man den Gedanken ins Kleinere, ins Innenpolitische, dann wird daraus ein „we first“ oder „me first“. Und wo es ein „wir zuerst“ gibt, da entsteht automatisch ein „ihr danach“. Sprich: Gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche einer vielfältigen Gesellschaft müssen in diesem Denkschema nicht – mit Hilfe von Marktwirtschaft, sozialer Politik, individuellen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit – ausgehalten, austariert, ausgeglichen werden, sondern sie sind vorentschieden zwischen „guten“ und „schlechten“ Bürgern. Welchen, die etwas fordern dürfen und anderen, die schon froh sein dürfen, wenn man sie übersieht. Ein erschreckendes Szenario.

Wäre Trump nur ein einzelnes Phänomen, so könnte man vielleicht den Kopf schütteln und darauf hoffen, es sei ein Spuk, der in einigen Jahren vorbei sei. Doch es ist kein Spuk. Zum einen ist Trump nicht allein. Vielerorts in Europa und Deutschland finden sich neurechte Politiker, Parteien und Bewegungen, die in trumpistischer Weise die Werte und Institutionen des demokratischen Rechtsstaats angreifen und mit nationalistischen, rassistischen und sozialistischen Programmelementen auf Unterstüt-

zersuche sind. Zum anderen gilt der Satz aus Dürrenmatts Physikern. „Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden“. Soll heißen: Was erst einmal gedacht, gesagt und gemacht wurde, bleibt lange wirkmächtig, selbst wenn es vorüber ist. Insofern wird der Trumpismus über Trump hinaus wirken.

...und Druck von Außen

Gleichzeitig stehen die in Jahrhunderten der Aufklärung entwickelten Werte und die seit der amerikanischen und französischen Revolution schrittweise etablierten demokratisch-rechtstaatlichen Strukturen auch von außen unter Druck. Es ist noch nicht lange her, dass man in der westlichen Welt selbstverständlich davon ausging, das fortschrittlichste Gesellschafts- und Politikmodell zu haben, welches sich auf Dauer überall durchsetzen müsse und werde. Mit wirtschaftlichem Erfolg, so das Credo, würden Individualisierung und Freiheitsbedürfnisse wachsen, die wiederum demokratisch-rechtstaatliche Strukturen westlicher Prägung nach sich ziehen müssten. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 schien dieses Ziel erreicht. Sinnbildlich dafür stand seinerzeit der Aufsatz „Das Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama, in dem der amerikanische Politikwissenschaftler die These vertrat, dass sich bald die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen würden.

Viele waren bereit, es zu glauben, doch die Realität sieht ein Vierteljahrhundert später ganz anders aus. China, Russland, Türkei – drei wichtige Länder, die vor zwanzig Jahren auf einem westlich orientierten Liberalisierungs- und Demokratisierungspfad waren oder zumindest schienen, haben einen anderen Weg eingeschlagen. Einen *eigenen Weg*, wie die jeweiligen Machthaber selbstbewusst sagen würden. Autoritäre Führung, eingeschränkte Individualrechte, abhängige Gerichte, intensive Kontrolle von Bürgern mit Hilfe der digitalen Technologien, Einschüchterungen von Abweichlern und Beschränkungen der Presse bilden ein illiberales Paket.

² Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*. München 2018.



Vorwort

Gleichwohl können, nach allem was man hört, die Regimes mit einer breiten Zustimmung aus der Bevölkerung punkten. Zumindest in Russland und der Türkei finden Wahlen und Abstimmungen statt, um den jeweiligen Weg legitimatorisch abzusichern, auch wenn dabei die bestehenden Machtasymmetrien genutzt werden, um deutliche Zustimmungen zu erreichen. Hilfreich ist dabei die Betonung nationaler Größe und Identität – etwa in dem Sinne: „*Wir sind groß, stark und wichtig und lassen uns von niemanden herumschubsen.*“

Die neuen Autoritär-Illiberalen sind keine Neuauflage kommunistischer Einsperrregimes. Sie kennen grundsätzlich Reisefreiheit, Eigentum und individuellen Wohlstand. Sie wissen um den Nutzen von internationalem Handel und freiem Kapitalverkehr. Dazu versprechen sie Ruhe und Ordnung im Sinne eines Schutzes vor Terrorismus und Alltagskriminalität. Wirtschaftliches Wachstum, gerne auch mithilfe internationaler Investoren, ist ein selbstverständliches Ziel. Es sind Gesellschafts- und Politikmodelle, die sich nicht als Stufe auf dem Weg einer Verwestlichung, sondern als bessere zukunftsfähigere Alternativen verstehen.

„*Was soll daran schlecht sein?*“, fragen sich nicht Wenige. Auch im Westen, wo die Aufstiegsversprechen der Nachkriegsjahrzehnte immer seltener gelten, wo die Globalisierung neben Gewinnern auch Verlierer erzeugt hat, und wo die Komplexität der Welt bei vielen Ratlosigkeit und Unsicherheit hervortreten lässt. Doch nicht nur viele Bürger vom sogenannten Typ *kleiner Mann* scheinen an der liberalen Demokratie nicht mehr sonderlich zu hängen oder sich nach Alternativen zu sehnen. Auch in der Wirtschaft, also bei den sogenannten *ökonomischen Eliten* scheint es (zu) viele zu geben, denen die Zukunft der Demokratie nur ein Kalkulationsfaktor ist. Das meint jedenfalls Norbert Frei, dem mit Schrecken auffiel wie selbstverständlich die politische Disruption in Anlagekonzepten und Anlegerempfehlungen eingepreist sei.³ „Abschied von der klassischen Demokratie“ gilt

³ Frei, Norbert: *Eingepreist*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 25.05.2018

dann als neuer Megatrend, auf den sich der Anleger einzustellen habe und wofür der Portfoliobetreuer schon eine das Vermögen sichernde Lösung finden werde. Norbert Frei ist ob dieser politischen Borniertheit und Nonchalance, mit der Demokratie locker zum Auslaufmodell erklärt wird, erschüttert, und hofft, es möge in Europa gelingen, „die Repräsentanten [der Wirtschaft] an die Interessen unseres Gemeinwesens und ihre sich daraus ergebenden Pflichten zu erinnern“.⁴

Verlockungen technokratischer Effizienz

Singapur – ein kleines Land und deshalb in keiner Weise militärisch bedrohlich – geht diesen Weg seit langem. Aufgeklärt-autoritär und technokratisch-optimiert regiert hat es einen Entwicklungspfad hingelegt, der staunen lässt. Sicherheit, Sauberkeit, Gesundheit, Bildung und Wohlstand beeindrucken und legitimieren das System. Vielleicht kann man es so sagen: Die migrationswilligen Armen in den weniger entwickelten Ländern dieser Welt träumen von Europa oder den USA. Die bleibewilligen Mittel- und Oberschichten wünschen sich eher eine Singapurisierung ihrer Heimatländer.

Einer ihrer intellektuellen Protagonisten ist Parag Khanna, ein indisch-amerikanischer Politikwissenschaftler, der in den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA und in Deutschland aufwuchs. Ein gebildeter Kosmopolit, ohne jede nationalistische Anwandlung. Eindeutig ist er jedoch ein Fan technokratischer Effizienz und er würde liberale Demokratien gerne so umbauen, dass Wahlen oder Volksabstimmungen die fachlich leistungsfähigsten technokratischen Eliten an die Spitze bringen, die dann den Volkswillen reibungslos in Fortschritt umsetzen. Irgendwie fühlt man sich dann doch an das Modell Singapur erinnert.

Im Herbst 2017 war Parag Khanna zu einem Diskussionsforum beim Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier eingeladen. Thema: *Welche Zukunft hat der Westen?* Es wäre eine Chance gewesen, gut zuzuhören und nach-

⁴ ebd.

zufragen, doch zu einer reflektierten Auseinandersetzung mit den Thesen von Khanna kam es nicht.⁵ Ihm wird es egal gewesen sein, denn er hat weltweit genug Zuhörer, die sich gerne von ihm inspirieren lassen.

Auch aus dem Silicon Valley kommen Impulse, die nicht als Beiträge zur Stärkung der liberalen Demokratie wirken. Über die ambivalente Wirkung sozialer Netzwerke ist in den letzten zwei Jahren schon reichlich geschrieben worden. Hinzu kommen die rapiden Fortschritte der auf Algorithmen basierenden *Künstlichen Intelligenz* (KI) in Verbindung mit neurowissenschaftlichen Erkenntnissen. Danach wird einerseits die Existenz eines freien Willens arg angezweifelt, während andererseits selbstlernende Algorithmen auf die Dauer schneller und besser ermitteln können, was dem einzelnen Menschen am Herzen liegt. Wenn dem so ist, hat die Aufklärung ausgedient, denn sie hat das freie Individuum in den Mittelpunkt ihres Ansatzes gestellt, und darum herum die Menschenrechte und Strukturen liberaler Demokratie konzipiert. In dem derzeit viel gelesenen Buch *Homo Deus*⁶ ist dieser Gedanke prägend und für humanistisch geprägte Demokraten sehr verstörend.

Noch ist es nicht soweit, doch wenn führende Ingenieure und Entwickler der digitalen Welt daran glauben und dementsprechend agieren, ist es nicht zu unterschätzen. Und selbst wenn die Lenkung der Welt durch *Künstliche Intelligenz* noch in weiter Ferne liegt oder nie kommt, so stehen viele führende Tech-Entrepreneure für einen starken Glauben an technische und technokratische Effizienz. „Die Idee einer Technokratie, in der man algorithmisch durchregieren kann, lebt“, meint der Journalist Adrian Lobe.⁷ Für das mühsame Aushandeln von Kompromissen, wie sie in demokratischen Struktu-

ren die Regel sind, ist in datengestützten programmierbaren Technokratien kein Platz mehr.

Als Zwischenfazit kann man festhalten: Aus verschiedenen äußeren Perspektiven wirken der Westen und dreihundert Jahre Aufklärung als historische Epoche, die an ihr Ende kommt. Das muss nicht so kommen, doch es scheint möglich. Jedenfalls positionieren sich die Gegner der liberalen Demokratie westlicher Prägung, die ihre eigene Praxis für die überzeugenderen Alternativen halten. Die Wende von 1989/90 markierte halt doch nicht das Ende der Geschichte. Für die Suchanfrage *Krise des Westens* liefert wikipedia im Sommer 2018 31.800 Treffer, für den Suchbegriff *Ende der Demokratie* gar 437.000 Treffer. Der Politikwissenschaftler, Historiker und Soziologe Thorsten Brenner konstatiert in einem Aufsatz: „Liberaler Demokratien und offene Gesellschaften stehen vor der größten Belastungsprobe seit den 30er Jahren. Damit wird die Selbstbehauptung liberaler Demokratie zur zentralen Herausforderung deutscher Politik...“⁸

vhw-Ziel: Demokratie stärken

Die hier skizzierten Entwicklungen verstören nicht nur die Anhänger der liberalen Demokratie. Sie fordern auch den vhw als Idealverband zur Weiterentwicklung seiner Handlungsansätze heraus. Als der Verband sich vor etwa einem Jahrzehnt mit einer neuen Satzung und der unterstützenden Roadmap neu positionierte, hat er sich die Stärkung der lokalen Demokratie auf die Fahnen geschrieben. Nun könnten wir uns heute selbstgefällig auf die Schultern klopfen, den damaligen Weitblick loben und erst recht mit unseren damals in den Blick genommenen Ansätzen weitermachen. Doch so einfach ist es nicht. Denn den Kontext einer disruptiven Politik mit einer grundsätzlichen Infragestellung oder zumindest den Versuchen einer erheblichen Aushöhlung der liberalen Demokratie und des Rechtsstaats durch im

5 Herzinger, Richard: *Wie im Schloss Bellevue der Westen gerettet werden soll*. In: *Die Welt* vom 20.09.2017

6 Harari, Yuval Noah: *Homo Deus: Eine Geschichte von Morgen*. C.H.Beck Verlag, 2017

7 Adrian Lobe: *Leben wir bald in einer Technokratie?* In: *Süddeutsche Zeitung* vom 22.07.2017

8 Brenner, Thorsten: *Die autoritäre Herausforderung und die Selbstbehauptung der liberalen Demokratien*. In: *Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Krise des Westens Analysen und Meinungen zur Verantwortung Europas für die liberale Weltordnung. Reader zur 18. Außenpolitischen Jahrestagung, Juni 2017, S. 31-37*



Vorwort

Parlament vertretene Parteien, in den Medien präsente Politiker und nicht unerhebliche Teile des Wahlvolkes hat damals niemand im Blick gehabt.

Im Fokus stand stattdessen die Bürgergesellschaft in ihrer bunten Milieuvielheit. Die Weiterentwicklung von partizipativer Teilhabe und Mitwirkung der Bürger, orientiert an den Prinzipien deliberativer Demokratie – also auf breiter Mitwirkung, Informiertheit und fairen Diskursarenen basierende demokratischen Lösungsfindungen für gesellschaftliche und stadtplanerische Fragen – stand ganz oben auf der Agenda des vhw. Dieser Ansatz fühlte sich einerseits an wie eine natürliche Fortsetzung des Satzes „Mehr Demokratie wagen“, mit dem Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung mehr politische Partizipation versprochen hatte. Politische Eliten und Technokraten sollten mehr durch den emanzipierten Bürger kontrolliert und beeinflusst werden. Andererseits reagierte der vhw mit seinem Ansatz auch auf eine vielfältiger werdende Gesellschaft, deren Bürger den Bezug zu den klassischen intermediären Politikvermittlern wie den Volksparteien, den Gewerkschaften und den Kirchen immer stärker verloren. Eine ständig sinkende Wahlbeteiligung wurde als Indiz für den Rückgang politischer Teilhabe gesehen. Mit den deliberativ angelegten Teilhabeprojekten im Rahmen des Städtenetzwerks sollte so politische Teilhabe unmittelbar ermöglicht und das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden.

Nun – zehn Jahre später – hat sich der Kontext deutlich verschoben. Partizipation an lokalen Stadtentwicklungsprozessen ist sicherlich weiter wichtig. Die Festschreibung von entsprechenden Verfahrensstandards in vielen Großstädten ist ganz im Sinne der Ziele des vhw. Gleichwohl reicht mehr und bessere Partizipation als Instrument zur „Stärkung der Demokratie“ bei weitem nicht aus. Mehr deliberative Partizipation ist keine hinreichende Antwort in einer Zeit politischer Disruption.

Deswegen stellt sich der vhw seit einiger Zeit in seinem Bereich Forschung & Politik mit den vier Forschungsclustern *Lokale Demokratie*, *Urbaner Wandel* und

gesellschaftlicher Zusammenhalt, *Digitalisierung* und *Wohnen* systematisch breiter auf. Und im Cluster *Lokale Demokratie* sind neben der deliberativen Partizipation auch Arbeiten zu Intermediären, Governance, lokaler Politik und Verwaltungsmodernisierung aufgenommen. Man könnte auch sagen, Ansätze zur institutionellen Stärkung der Demokratie gewinnen an Gewicht. Das könnte ganz im Sinne von Francis Fukuyama sein, für den das Ende der Geschichte erst einmal vertagt ist. In einem Interview mit der Neuen Züricher Zeitung meinte er: „Die Lösung für eine Handlungsschwäche [der liberalen Demokratie] liegt nicht einfach darin, eine einzelne starke Figur zu wählen, sondern Institutionen zu schaffen, die es einfacher machen, gemäß den Gesetzen effizient zu handeln und gute Kompromisse auszuhandeln.“⁹

Und im gleichen Interview fügte er hinzu: „Der Grund, weshalb die Menschheit auf die Idee einer liberalen Demokratie kam, ist eine ganz einfache Erkenntnis: Wenn Menschen Themen wie Religion oder Identität derart ernst nehmen, dann muss es einen Rahmen für eine friedliche Konfliktlösung geben. Und weil heute in immer mehr Ländern Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenleben, ist das wichtiger denn je. Diesen friedlichen Ausgleich kann nur ein System leisten, das auf der Idee der Toleranz, gegenseitigem Respekt und Meinungsvielfalt beruht. Eben: die liberale Demokratie. Liberalismus stellt die rationale Lösung dar für die Aufgabe, mitten in der Vielfalt regieren zu müssen.“¹⁰



Dr. Peter Kurz
Verbandsratsvorsitzender



Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand

⁹ Fukuyama, Francis: „Das Ende der Geschichte ist vertagt“. Interview in: NZZ vom 18.03.2017

¹⁰ ebd.